

Solidarität

unsere Chance

Nummer 165

Dezember 2023

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
1070 Wien, Stiftgasse 8, Mail: oesolkom@gmx.at Web: www.prosv.at * www.prodemokratie.com

INHALT

KV 2023:

Angriffe auf den
Kollektivvertrag

Gesundheit:

Schleichende
Privatisierung

Gaza-Krieg:

Waffenstillstand –
sofort!

Sky Shield:

Angriff auf die
Neutralität

Ukraine:

10 Jahre Euro-
Maidan

Signa-Pleite:

Wird bei den
Steuerzahlern
landen

COP28

Klimakonferenz:
Öl-, Gas-, Atom-
lobby jubelt

Wärt ihr nicht reich, wären wir nicht arm!

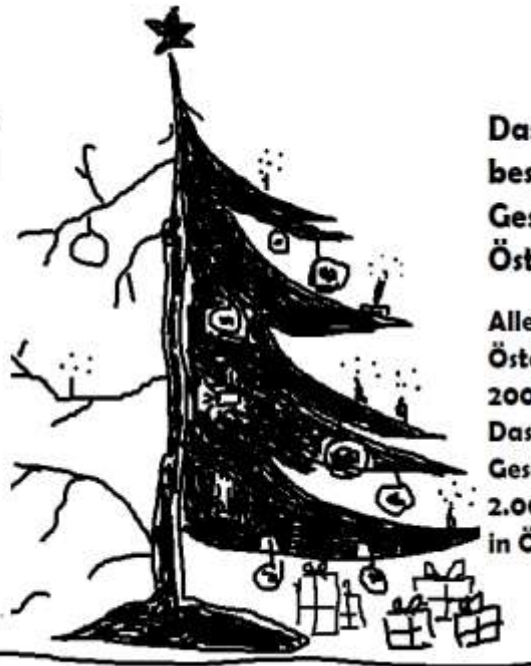
*Reicher Mann und armer Mann standen da und sah'n sich an.
Da sagt der Arme bleich: Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.*

(Bertold Brecht)

Mehr als 1.500.000
Menschen in Österreich
sind durch Armut und
Ausgrenzung
gefährdet, davon
allein mehr als
350.000 Kinder.

330.000 Menschen in
Österreich sind arm
trotz Arbeit.

100.000 Menschen in
Österreich können im
Winter nicht
ausreichend heizen!



Das reichste 1%
besitzt 50% des
Gesamtvermögens
Österreichs.

Allein die 100 reichsten
Österreicher sitzen auf
200 Milliarden Euro.
Das ist ein Zehntel des
Gesamtvermögens von
2.000 Milliarden Euro
in Österreich.



Gesundheitsreform?

2018 haben Schwarz-Blau versprochen, dass es durch ihre „große Sozialversicherungs-Reform“, eine „Patientenmilliarde“ geben werde. Doch seitdem stiegen die Defizite der ÖGK, nahmen Wahlärzte zu, gingen Kassenstellen verloren und warten die Menschen auf Termine bei Arzt und für Operationen. Privatspitäler wurden gefördert, Teilzeitärzte in den Spitälern nehmen zu, weil sie daneben private Wahlarztpraxen eröffnen und dort abkassieren – auf Kosten der Patienten und des öffentlichen Gesundheitssystems:

„Bereits jetzt bezahlen sich die Menschen in unserem Land rund 23 % der 51 Mrd. Euro Gesundheitsausgaben zusätzlich zu Steuern und Beiträgen aus der eigenen Tasche, das sind ca. 11 Mrd. Euro pro Jahr. Die öffentliche Hand entledigt sich daher mehr und mehr ihrer Verantwortung für ein solidarisches Gesundheitssystem und lädt die Finanzierungslast mehr und mehr auf den privaten Taschen der Menschen ab, zum Beispiel bei Wahlarztkosten, Zahnbehandlungen, privater Krankenversicherung, Medikamenten und sonstigen Selbstbehalten“, sagt ÖGK-Obmann Andreas Huss.

Der Finanzausgleich hätte eine Entlastung bringen sollen. Ziel war es, die niedergelassenen Arztstellen (v.a. in Primärversorgungszentren, PVZ) um

500 Stellen zu erweitern. Dafür hätte die Sozialversicherung 800 Mio. Euro jährlich benötigt. Jetzt gibt es bloß rund 300 Mio. Euro.

Nun haben Schwarz-Grün die Gesundheitsreform als großen Schritt nach vorne vorgestellt. Doch allein der diesjährige Verlust der ÖGK, verursacht durch die früheren „Reformen“, macht mit 386 Mio. Euro mehr aus als die Mittel, die von der Regierung für den niedergelassenen Bereich vorgesehen sind.

Die Regierung lässt sich wieder einmal die „Gesundheitspolitik“ von Pharmakonzernen, Ärzte- und Apothekerlobby diktieren. Die Ärztekammer hatte sogar einen Streik angekündigt und dafür 5 Mio. Euro vorgesehen. Wie die Ärztekammer in Geld schwimmt zeigt auch, dass sie jetzt von Signa das „Meinl-Haus“ am Graben um 80 Mio. Euro kaufte.

Enteignung und schleichende Privatisierung des Gesundheitssystems

Standen früher im Vorstand der Gebietskrankenkassen 12 Arbeiter- und Angestelltenvertretern 3 Unternehmervertretern gegenüber, steht es seit der „Reform“ 6 zu 6. Mit den ÖVP-ÖAAB-Vertretern hat die Wirtschaftsseite die Mehrheit und somit die Macht in der ÖGK. Die Unternehmenseite kann somit darüber entscheiden, was mit den Versichertengeldern der Arbeiter- und Angestellten geschieht. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Sozialminis-

terium. Das ist die doppelte Aushebelung der Selbstverwaltung: Erstens die Entmachtung der Arbeiter- und Angestellten und zweitens im Zweifelsfall die Unterstellung direkt unter das Ministerium.

Es herrscht nun Fremdverwaltung statt Selbstverwaltung!

Ein paar bürokratische Wirtschaftskammerer bestimmen nun im Interesse der Unternehmer und der Industrie über die Versichertengelder der 7,4 Millionen Arbeiter und Angestellten.

Umgekehrt haben in der Sozialversicherung der Selbständigen und Bauern (SVS) die Arbeiter und Angestellten Null Einfluss, Null Vertretung und Einspruchsrecht.

Dieses Enteignungsgesetz kann und muss rückgängig gemacht werden!



ÖGB, AK und SPÖ, müssen im Interesse ihrer Mitglieder, aller

arbeitenden Menschen, alles daran setzen, dies zu erreichen.

NEIN zur ÖGK in Unternehmerhand! JA zu einer öffentlichen und selbstverwalteten sozialen Krankenversicherung in Arbeiter- und Angestelltenhänden mit entsprechender finanzieller Ausstattung!

Signa: 5 Milliarden Euro Pleite:

„Wird bei den Steuerzahlern landen“



Das sagte der scheidende Caritas-Präsident Landauer als „gelernter Österreicher“ zur Signa-Pleite. Tatsächlich ist das zu befürchten, auch wenn Bundeskanzler Nehammer das heftig bestreitet. Das zeigt ja alleine schon wie sich Signa-Zampano Benko mit Hilfe der Kurz-Regierung Kika-Leiner unter den Nagel riss und dann auf Kosten der Beschäftigten und der Öffentlichkeit verkaufte.

Dass die Steuerzahler, also die Masse der Bevölkerung wiederum zum Handkuss kommen, dass muss nicht sein. So haben die Banken, die ja auch bei Signa mitspekuliert

und mitverdient selbst gesagt, dass die Pleite für sie „verkräftbar“ sei. Na, dann! Und was ist mit den Aufsichtsräten wie Ex-Raiffeisen Bank International, Karl Stoss (Exbanker und Casinos Austria-Boss, Signa-Aufsichtsrats-Vorsitzender Ex-SPÖ-Kanzler Gusenbauer, Wüstenrot-Chefin Ries-Hahn? Oder mit den Firmen, die bei Signa investierten und mitschnitten wie z.B. Strabag-Haselsteiner, die mit 15% bei Signa investiert sind? **Holt also die Millionen dort wo sie sind, nicht bei den arbeitenden Menschen, bei Gesundheit, Pflege, Bildung!**



AUVA Weißer Hof:

23.000

Unterschriften für den Erhalt des REHA-Zentrums übergeben

Zwei ehemalige Patienten, Mag. S. Prager-Schugardt und Ing. T. Musska, die die Petition für den Erhalt des REHA-Zentrums initiierten, haben im September die Petition im Sozialministerium übergeben. Die Schließungspläne sind momentan vom Tisch. Das zeigt: Widerstand und Solidarität lohnen sich! Allerdings: Das Land NÖ will den künftigen Betrieb einem privaten Betreiber übergeben. Warum? Um später dann doch leichter schließen zu können als wenn das Land den Betrieb führt? Wir hoffen nicht. Vorsicht und Wachsamkeit ist jedenfalls angebracht.

KV-Runde 2023:

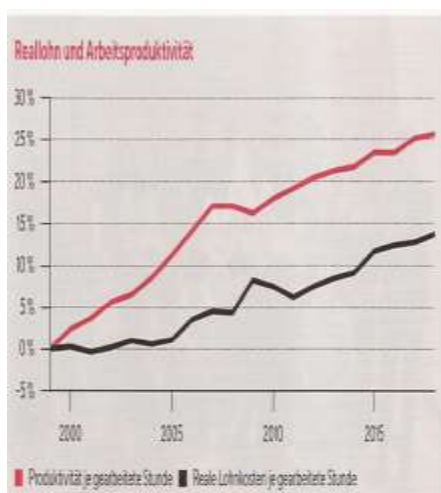
Mit Unternehmerwillkür gegen Kollektivvertrag und die von Arbeiter:innen und Angestellten erkämpften Rechte

Da bei den KV-Verhandlungen schon immer als Basis jeweils die Inflation des Vorjahres herangezogen wurde, erlitten die Beschäftigten selbst laut WIFO 2022 Reallohnverluste. Daher sollte 2023 die hohe Inflation des Vorjahres zumindest ausgeglichen werden. Schließlich führen in den Jahren 2022/2023 die Firmen historische Rekordgewinne ein. So erzielten nur die an der Börse notierenden Betriebe (ATX) zusammen Rekordgewinne von 15 Mrd. Euro; allein 6 Mrd. Euro davon erhielten die Aktionär:innen als Dividenden, also als arbeitsloses Einkommen.

Die Industriebosse und ihre KV-Verhandler wollen heuer Kollektivverträge unterlaufen oder umgehen.

So boten sie wie zum Hohn 2,5% „Erhöhung“, weil die Regierung eh schon einen „Inflationsausgleich“ bezahlt hätte oder wollten durch „Einmalzahlungen“ überhaupt den Sinn und die Wirkung von Kollektivverträgen (dauerhafte und pensionswirksame Lohn-, bzw. Gehaltserhöhung) aushebeln und damit abschaffen. Dabei erzielte die Metalltechnische Industrie mit zuletzt fast 50 Mrd. Euro Umsatz rund 20% des Industrieumsatzes in Österreich.

Zudem zeigt die folgende Grafik, dass schon seit 25 Jahren die Arbeitsproduktivität weit über den Reallöhnen liegt, das heißt die Profite der Unternehmer ständig steigen.



Die Industrie nagt nicht am Hungertuch

Weil sie durch die über die Jahre angesammelten Profite so fett und frech geworden ist, ist ihre „Klassenkampf-Kriegskasse“ so voll, dass sie den Angriff auf Kollektivvertrag, Betriebsräte, Gewerkschaften, auf alle Beschäftigte, wagt.



Nur die Proteste und Streiks haben Schlimmeres verhindert

Weil die Gewerkschaftsspitzen nur halbherzig Proteste und Streiks organisierten, schaute bei 9,6% „rollierender Inflation“ und einer Forderung von plus 11,6%, bei den Metallern im Schnitt nur eine Erhöhung von 10% heraus. Mehr wäre möglich gewesen.

Je länger wir zuwarten, je mehr wir nachgeben, desto frecher werden die Bosse. Das zeigt sich gerade auch im Handel

Da werden gerade die Verhandler:innen der Gewerkschaft für die in Summe rund 600.000 Handelsbeschäftigten (Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge) von den KV-Verhandlern der

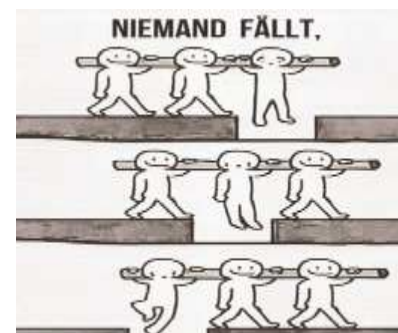
Handelsfirmen hingehalten, ja direkt vorgeführt. So setzten zuletzt die Unternehmer KV-Verhandlungen vor dem zweiten Weihnachts-Einkaufsamstag am Freitag-Nachmittag an. Die wurden dann von den Handels-Unternehmern abgebrochen, obwohl die Gewerkschaft weiter nachgegeben hatte. So aber war das Einkaufswochenende für die Profite der Unternehmer gesichert worden.

Wie zum Spott erklärte der Handel-KV-Verhandler, dass der Handel nur 8%, aber nicht so viel wie die Industrie anbieten könne, weil die Industrie die doppelte Produktivität habe. Aha. Damit erfahren wir, dass die Metallindustrie eigentlich mit mindestens 16% und nicht mit durchschnittlich 10% abschließen hätte können bzw. müssen!

Es wurden zwar auch im Handel richtigerweise Proteste und Warnstreiks abgehalten. Aber so, dass es den Konzernen wenig weh tut.

Nehmen wir uns ein Beispiel am Arbeitskampf der Beschäftigten und Gewerkschaften im Falle von Tesla in Schweden. Dort wird gegen das Tesla-Vorhaben den Kollektivvertrag auszuhebeln über Branchen und Länder hinweg in ganz Skandinavien gestreikt. 😊😊😊😊😊😊😊😊

Insgesamt muss man sagen, dass es immer nötiger wird, dass nicht jede Branche für sich kämpft, sondern gleichzeitig mit den anderen gemeinsam. Nur so ist der Verhöhnung und der Willkür der Unternehmer, ist dem Klassenkampf von oben beizukommen.



Karikatur aus: schmelztiegel 3/2023

Die Katastrophe von Gaza

Wir verurteilen den Angriff der Hamas auf Israel. Wir verurteilen die jahrzehntelange Apartheidpolitik Israels gegenüber dem palästinensischen Volk. Diese Politik Israels gegen das palästinensische Volk verursachte und verursacht unsägliches Leid, Verletzte, Tote und Zerstörung, Hass und Gegenhass. Wir sind solidarisch mit der israelischen und der palästinensischen Bevölkerung, aber nicht mit deren Regierungen.

Die israelische radikal-religiöse Rechtsregierung und die militärische Führung wussten Tage vorher von einem geplanten Anschlag der Hamas. Alleine eine rechtzeitige Information der Weltöffentlichkeit über das Hamas-Vorhaben hätte eine ganz andere Entwicklung, jedenfalls nicht diese Eskalation gebracht. Warum hat Israels Regierung zugewartet?

Österreich als immerwährend neutrales Land muss darauf hinwirken, dass Gewalt und Krieg sofort gestoppt werden und eine noch größere humanitäre Katastrophe als sie schon seit Jahrzehnten in Gaza besteht verhindert wird. Einseitige Parteinahme für Israels faschistoid-rechts-religiöse Regierung dient nicht dem Abbau von Aggression, Konflikt, Gewalt, Krieg und Friedensfindung, sondern gießt im Gegenteil noch mehr Öl ins Feuer – und produziert und verstärkt das, was angeblich verhindert und bekämpft werden soll: alter wie neuer Antisemitismus.

In der Folge versuchen wir kurz Hintergründe, Nutznießer und Verlierer dieses über sieben Jahrzehnte anhaltenden und immer wieder explodierenden kriegerischen Konfliktes bis hin zur jetzigen Gaza-Katastrophe zu sichten und einzuordnen.

Gazastreifen

Wir lehnen Gewalt gegen Zivilisten seitens der Hamas oder Israels entschieden ab.

Der Hamas Angriff auf Israel an seiner Gaza Grenze am 7. Oktober 2023 mit ca. 1200 Toten auf Seiten Israels hat einen Aufschrei der Empörung von der US-Regierung und einigen europäischen Staaten, darunter auch Österreich und Medien in der westlichen Welt hervorgerufen. Mit dem Hamas Angriff hat Israel darauf einen Vernichtungsfeldzug auf Gaza durch Luftbombardements und Einmarsch von Bodentruppen gerechtfertigt. Am 28.10. 2023 wurde über die UNO-Resolution für eine humanitäre Waffenruhe abgestimmt. Von den 180 stimmberechtigten Staaten waren 120 dafür, 45 enthielten sich der Stimme und 15 Staaten, darunter Israel und Österreich, stimmten dagegen. Israel rechtfertigt sein Vorgehen damit, ausschließlich auf den Hamas-Terror zu reagieren, die Hamas in Gaza sei eine Terrororganisation.

Seit Jahrzehnten behaupten Israel und die USA samt dem Großteil der westlichen Medien, beim Vorgehen gegen die Palästinenser handle es sich ausschließlich um Selbstverteidigung. Israel sei die einzige Demokratie im Nahen Osten, doch die Behandlung der Palästinenser durch Israel spricht eine andere Sprache. Gaza wurde von Israel fast 40 Jahre (1967 bis 2005) besetzt gehalten, dann an die

Palästinenser zurückgegeben und ab 2007 von der Hamas regiert. Israel kontrolliert nach wie vor die Außengrenzen Gazas, außer der südlichen Grenze zu Ägypten. Was Gaza betrifft, so sagte z.B. der ehemalige Leiter von Caritas-Jerusalem, Pater Raed Abushalia im Jahr 2017 im Interview mit Radio Vatikan, es sei „das größtes Freiluft-Gefängnis der Welt“. (1) Gaza hat 360 km², 2,3 Millionen Einwohner, d.h. ca. 6000 Einwohner/ pro km². Gaza ist ca. 40 km lang und zwischen 6 km bis 12 km breit.

Die „Jüdische Stimme Deutschland“ schrieb am 10.Okt. 2023 u.a.: „16 Jahre Blockade, Mangel an sauberem Wasser, Strom, medizinischer Versorgung sowie regelmäßige Bombenangriffe haben Gaza zu einem Pulverfass gemacht. Gaza gilt laut UN seit 2020 als unbewohnbar. Was nun geschehen ist, glich einem Gefängnisausbruch, nachdem die Insassen zur lebenslangen Haft verurteilt wurden, nur weil sie Palästinenser:innen sind. Die israelische Regierung hat eine Kriegserklärung abgegeben, doch der Krieg gegen die palästinensische Bevölkerung dauert schon 75 Jahre. Vertreibung, Bombardements, Verhungern, Verdursten, Beschränkung von Essen, Strom, Wasser – das sind die Wurzeln der Gewalt“. (2) Von den 2,3 Millionen Palästinensern im Gazastreifen sind ca. eine Million Kinder und Jugendliche.

„Terrorismus ist beabsichtigte Gewalt gegen Zivilisten um ein politisches Ziel zu erreichen.“

Nach dieser Definition ist die Hamas eine Terrororganisation und wird vom Westen als solche eingestuft. Doch „genau diese Taktik verwendet Israel seit seiner Gründung und praktiziert sie bis heute“. (3) Demnach betreibt Israel nach dieser Definition auch Terrorismus – ist Israel ein Staatsterrorist.

Israel ist eine Besatzungsmacht. Eine Besatzungsmacht hat kein Recht auf Verteidigung des illegalen Besatzungszustandes wohl aber die Besetzten auf die Bekämpfung desselben. (4) **(UNO-Resolution 45/13. 1990)**. Am 7. Oktober hat die Hamas mehr als 200 Zivilisten als Geisel genommen. Das ist zu verurteilen. Jedoch wird hier mit zweierlei Maß gemessen. Israel hält ständig zwischen 5.000 und 10.000 gekidnappte palästinensische Zivilisten gefangen, sie nennen sie nicht Geiseln, sondern Häftlinge, darunter auch zahlreiche Frauen und Kinder.

Kurzer Abriss der Geschichte des Gaza-Kriegs

Israels Machthaber verfolgen seit der Staatsgründung die Pläne eines Groß-Israel. Groß-Israel beinhaltet Gaza und das Westjordanland, also die zentralen Lebensräume der Palästinenser, aus denen sie Israel vertreiben will, um sie sich einzuverleiben. Maßgebliche israelische Politiker haben bei der Staatsgründung, nach dem UNO-Teilungsbeschluss von 1947, verkündet, die festgelegten Grenzen nicht zu respektieren und ihr Territorium vom Mittelmeer bis zum Jordan zu erweitern. So hat z.B. der spätere Ministerpräsident Menachem Begin einen Tag nach dem Teilungsbeschluss der UNO erklärt, „dass die Zerstückelung des Landes ein Verbrechen ist...“. Menachem Begin

weiter: „Die Teilung von Palästina ist illegal. Wir werden sie nie anerkennen. Jerusalem war und wird immer unsere Hauptstadt sein. Groß-Israel wird dem israelischen Volk wieder zurückgegeben. Das ganze Land. Für immer.“ (1947) (5) Auch Ben Gurion, Israels Staatsgründer, erklärte 1947, dass Israel letztlich das ganze Land, „sei es durch Gewalt oder andere Mittel annectieren werden“. (6) Israel hat als der einzige Staat der Welt bis heute seine Außengrenzen nicht festgelegt. Seine Mächtigen haben nie Abstand davon genommen, Israels Territorium zu erweitern. Israels Regierung spricht nach wie vor den Palästinensern das Recht auf einen Staat in den von der UNO festgelegten Grenzen ab und raubt deren Land. Die UNO sprach 1948 den Palästinenser:innen 45% des Landes zu. Bis heute hat Israel weitere 34% geraubt. 11% bieten sie den Palästinensern als ‚Fleckerlteppich‘ an. Einen Palästinenser-Staat lehnen sie strikt ab. Laut UNO leben außerhalb der palästinensischen Gebiete in Israel 5,9 Millionen Palästinenser:innen im Exil, größtenteils in Camps in Jordanien, Syrien und im Libanon.

Westjordanland und Ostjerusalem

Israels Landraub-Politik setzt sich bis heute fort. Seine Regierungen haben die illegale Besiedlung des Westjordanlands und Ostjerusalems seit bald dreißig Jahren betrieben, obwohl das laut UNO illegal war und ist. Sie haben die israelischen Siedler ermuntert, sich Land – auch mit Waffengewalt – zu nehmen, das israelische Militär unterstützt sie dabei. (7) Die religiös-rechts-extremistische Regierung Netanyahus stellt den Siedlergruppen mehr Geld und Waffen denn je zur Verfügung, auch zum Aufbau einer Streitmacht vor Ort. Von Jänner bis Ende August 2023 sind dort schon mehr als 200 Palästinenser getötet worden. Allein im letzten Monat (7.10 bis 6.11. 2023) sind im Westjordanland 132 Palästinenser von israelischen Soldaten und Siedlern getötet worden, 1.000 Palästinenser wurden gezwungen ihre Häuser aufzugeben. Das Westjordanland, das eigentlich den Palästinensern gehört, ist ein „Fleckerlteppich“ in dem 3 Millionen Palästinenser und dazwischen mittlerweile 500.000 israelische Siedler leben. 1993 waren es erst ca.100.000. Die Siedler haben eigene Straßen, die die Palästinenser nicht benutzen dürfen. Das gesamte Westjordanland wird von der israelischen Armee kontrolliert, sie hat dort 700 Militärstützpunkte und Kontrollstellen. Weitere 220.000 Israeli leben im palästinensischen Ostjerusalem.

Verständlicherweise hat ein Teil der israelischen Bevölkerung, traumatisiert auch in der heutigen Generation, deren Vorfahren Völkermord bzw. Holocaust erlitten haben, Angst vor Vertreibung bzw. Vernichtung. Die meisten Regierungen in Israel haben diese Angst geschürt.

Spätestens seit den 1990er Jahren betrieben die israelischen Machthaber die Täter-Opfer-Umkehr als Propagandamittel. Durch die konstante Bezugnahme auf den Holocaust stellen sie Israel bis heute als bedrohtes Opfer dar. Damit wollen sie von der von ihnen seit der Staatsgründung bis heute mit systematischer Gewalt betriebenen ethnischen Vertreibung und Annexionspolitik ablenken. Die rechtsextremen Parteien bzw. zionistisch-

faschistoiden und religiösen Siedler-Parteien, die mit dem Slogan, „die Palästinenser wollen die Israeli ins Meer treiben“, ihre Besatzungs-Politik im Westjordanland begründen, hat Netanyahu im November 2022 zum Teil seiner Regierung gemacht.

Soll unter dem Vorwand der Bekämpfung des Antisemitismus Vertreibung, Krieg oder gar Völkermord gerechtfertigt werden?

Es gab gegen diese Politik immer kritische Stimmen in Israel. 1996 erklärte u.a. die frühere israelische Ministerin Shulamit Aloni:

„Sharon und die israelische Führung versuchen immer, die Israeli die Lüge glauben zu machen, dass die Palästinenser uns ins Meer treiben wollen“... „Tatsächlich sind wir diejenigen, die Kriegsverbrechen gegen die Menschlichkeit begehen und ich hoffe, dass Sharon vor Gericht kommt“ (8) „Die zionistische Bewegung hat schon vor der Staatsgründung und bis heute ein Ziel verfolgt: Einen Staat basierend auf einer rassistischen Überlegenheit und Reinheit, der nur durch Entmenschlichung und Eliminierung von anderen Menschen erreichbar ist“. (9)

Israel hat ca. 9 Millionen Einwohner und es hat die fünfzehn-höchsten Militärausgaben der Welt (2021), das sind 4,5 % des Bruttoinlandprodukts (BIP) = ca. 24,5 Milliarden Dollar. Das BIP beträgt ca. 500 Milliarden Dollar. Israel ist der acht-größte Waffenhändler und militärisch das 18.-mächtigste Land der Welt. Es besitzt auch ca. 200 Atomsprengköpfe, Chemiewaffen, biologische Waffen, 2.600 Kampfpanzer usw. Israel hat mindestens 170.000 Soldaten und 465.000 Reservisten. Die Hamas hat ca. 15.000 Mann, das heißt, das Verhältnis Israel zur Hamas ist, allein nur was die regulären Truppen betrifft, 11:1. Die Hamas hat natürlich keine Luftwaffe, Panzer usw. Die Israel-Propaganda, die auch die meisten Medien bei uns übernehmen, will uns dauernd vormachen, wie stark und bedrohlich die Hamas für Israel sei, deshalb seien Flächen-Bombardements, Feldzüge, totale Zerstörung gerechtfertigt.

Die Antisemitismus-Keule, ...

...die wohl in den USA und Israel eine lange Tradition hat, wurde zur Zeit des Irak-Kriegs auch in Europa verstärkt geschwungen. z.B. hat die US-amerikanische Anti-Defamation League (ADL), Jahresbudget z.B. 2005 ca. 50 Millionen Dollar, schon damals behauptet, dass Antizionismus gleich Antisemitismus sei. Die Ablehnung der zionistischen israelischen Politik gilt laut ADL ebenso als antisemitisch wie Antikolonialismus und Pazifismus. Ebenso sei Kritik gegenüber der Finanzmarktpolitik antisemitisch. Letztlich heißt das bezüglich Israel: wer dessen Gewaltpolitik gegenüber den Palästinensern kritisiert, gilt als Antisemit. So wollte man schon vor 18 Jahren die Versuche, Kritik gegenüber der Außenpolitik von Israel zum Schweigen bringen. Das gilt heute mehr denn je. Im Kurier Leitartikel vom 12.10.2023 (*Kein Verständnis für Hamas-Versteher*) setzt der Autor antiimperialistisch mit antisemitisch gleich und sagt sogar indirekt, dass antiimperialistisch ein Codewort sei, das mit „rechts-staatlich-demokratischen Prinzipien nicht vereinbar sei“,

... wer Israel angreift, so der Autor, der greift unsere „europäischen Werte“ an. (10)

Israel begeht Völkermord

Im Artikel II der Völkermord-Konvention von 1948, Artikel 6 des römischen Rechts des Internationalen Strafgerichtshofes von 1998 heißt es u.a., dass „Völkermord eine der folgenden Handlungen (sei), die in der Absicht begangen wird, **eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören**“. Zu diesen Handlungen gehören die „Tötung von Mit-gliedern dieser Gruppe“, wobei die Anzahl nicht von Bedeutung ist. Sodann zählt dazu, die „Verursachung von schwerem körperlichen oder seelischen Schaden an Mitgliedern der Gruppe“ sowie „**vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen**“.

Raz Segal, israelischer Holocaust- und Genozidforscher an der Stockton University in New Jersey, USA, nennt den Gaza-Krieg „einen Lehrbuch-Fall des Völkermords“. Segal weiter: „In der Tat ist Israels genozidaler Angriff auf Gaza ausdrücklich, offen und schamlos ... Israels Ziel ist es, die Palästinenser in Gaza zu zerstören. (11) Laut statistische Angaben wurden bis zum 29. November 2023 durch Bombardements bzw. Feldzug des israelischen Militärs in Gaza 15.000 Menschen getötet und 36.000 verwundet. Von den Getöteten sind 6000 Kinder und 4000 Frauen, das sind 66% aller Todesopfer. (12)



Offizielle Vertreter Israels aus Politik, Armee und Medien scheuen sich nicht, sich zum geplanten und schon verübten Völkermord in Gaza eindeutig und radikal zu bekennen.

Präsident Jitzchak Herzog am 14. Oktober 2023 auf einer Pressekonferenz: „Es ist ein ganzes Volk, das verantwortlich ist. Diese Rhetorik über Zivilisten, die angeblich nicht involviert wären, ist absolut unwahr ... und wir werden kämpfen, bis wir ihr Rückgrat brechen.“

Premierminister Netanyahu am 8. Oktober: „Wir werden Gaza zu einer Insel aus Ruinen machen.“

Daniel Hagari, Sprecher der israelischen Armee, am 10. Oktober 2023 in Haaretz: „Wir werfen hunderte Tonnen von Bomben auf Gaza. Der Fokus liegt auf Zerstörung, nicht auf Genauigkeit.“

Verteidigungsminister Yoav Gallant am 9. Oktober im Fernsehen: „Es wird keinen Strom geben, keine Lebensmittel, keinen Treibstoff, alles ist geschlossen. Wir kämpfen gegen Tierschlingen und handeln entsprechend.“ (13, siehe 11)

Die israelische Regierung unter Netanyahu vollzieht in Gaza das Programm ihrer faschistoiden, ultraorthodox-rassistischen, religiösen, rechtsaußen Parteien samt den rechtsextremen zionistischen Siedlerparteien. Diese Siedlerparteien hat Netanyahu seit November 2022 in die neue Regierung aufgenommen. Der Gaza-Krieg dient nun auch als Vorwand der verstärkten Vertreibung der Palästinenser aus dem Westjordanland und der Kolonisierung ihres Landes.

Der Hamas Angriff/Terror am 7. Oktober 2023 traf Israel scheinbar unvorbereitet. Doch der ägyptische Präsident Al Sisi hatte Israel 3 Tage davor vor einem Hamas Angriff gewarnt. Laut Medien habe Israel die Warnungen nicht ernst genommen. Wie bekannt wurde, waren die Grenzen zum Gazastreifen vom israelischen Militär merkwürdigerweise kaum bewacht, zuständig für die Bewachung dieser Grenzen war und ist Minister Itamar Ben-Gvir (rechts-extremer Minister für die nationale Sicherheit, Parteienbündnis Religiöser Zionismus).

Dazu berichtete der israelische Autor Moshe Zuckermann in einem Interview u.a.: „Er (der Minister) zog die Einheiten (vor dem Hamas-Angriff) ab“... „Es wurde entschieden, die Einheiten (des Militärs), die die Ortschaften und Kibuzzim an der Grenze zum Gaza-Streifen beschützen und bewachen sollten, in das Westjordanland zu verlegen, weil die Siedler ... religiöse Feste feiern wollten. (14)

Es heißt in Israel, dass Netanyahu nichts von den drohenden Terroranschlägen wusste, dass die Grenzen zu Gaza am 7. Oktober fast unbewacht waren. Netanyahu kam der Überfall der Hamas gerade recht. Seine Politik braucht Bedrohung durch die Palästinenser, braucht Angst bei der Bevölkerung und den Ruf nach dem starken Mann, braucht Terror und Staatsterror, sie braucht Antisemitismus, vor allem auch um die Siedlungen im Westjordanland weiter zu treiben und damit die Palästinenser dort langfristig zu vertreiben. Das heißt, Israel eignet sich mit Gewalt immer mehr palästinensisches Land an.

Gemeinsam mit Minister Itamar Ben-Gvir spielt Finanzminister Bezalel Smotrich, Chef des rechtsextremen Parteienbündnisses Religiöser Zionismus und Siedler, in der jetzigen Situation im Westjordanland eine entscheidende wichtige Rolle. Seit 18. Februar 2023 „hat Smotrich neue Befugnisse in zivilen Angelegenheiten in weiten Teilen des Westjordanlands erhalten“. In den Händen eines der radikalsten Siedler Israels liegt nun die Kontrolle über die Infrastruktur im Westjordanland – inklusive Baugenehmigungen sowohl für israelische Siedler:innen als auch für Palästinenser:innen.

Smotrich: „... eines weiß ich sicher: Es wird keinen Stopp beim Siedlungsbau geben. Nicht für einen Tag“. Der Minister und extrem rechtsradikale Siedler Smotrich will die jüdischen Siedlungen im Westjordanland ausbauen. In diesem Sinn hat das Kabinett Netanyahu am 18. Februar 2023 auch beschlossen, dass im Westjordanland rund 10.000 neue Wohneinheiten gebaut werden sollen. (15)

Der Minister Smotrich sagte am 22.03. 2023: „So etwas wie Palästinenser gibt es nicht, weil es so etwas wie ein palästinensisches Volk nicht gibt.“ (16)

Israel (Netanjahu), Hamas, Katar = Marionetten der USA-Herrschaftsinteressen

Netanyahu erklärte in einem Interview von 2019, dass er die Unterstützung des Hamas-Regimes in Gaza mit Geld aus Katar befürworte. Er sagte u. a., dass „*wer immer gegen einen Palästinenser-Staat ist, sollte für die Finanzierung aus Katar sein*“. Netanyahu sagt weiter, dass die Hamas in Gaza die Zwei-Staaten Lösung ablehnt. *Abbas (PLO) regiert im Westjordanland, er tritt für die Zwei-Staaten Lösung ein. Die Hamas in Gaza zu unterstützen, schwächt die PLO ...*“ Das Ziel ist die Vertreibung der Palästinenser aus dem Westjordanland. (17)

Bezüglich Katar schrieb Seymour Hersh: „... *Das Erdöl- und Erdgasreiche Scheichtum Katar war auf Drängen von Premierminister Netanyahu seit vielen Jahren ein finanzieller Unterstützer der Hamas.*“ (18) Und die Nahostexpertin Gudrun Harrer sagte im Radio u.a. „*Katar ist der zentrale Unterstützer und wichtigste Geldgeber für die Hamas und für weitere Islamisten-Gruppen*“. Die Journalistin weiter: „*Katar hat den Gaza-Streifen finanziert, abgesprochen mit den Israeli, es hat für Wasser, Energie, Gesundheitliche Versorgung im Gazastreifen gesorgt*“... „*Die Beziehungen mit Israel gibt es seit den 90iger Jahren*“... „*Katar ist gleichzeitig der wichtigste Militärstützpunkt der USA in der Region*“. (19) Deswegen erscheint es unserer Auffassung nach praktisch unmöglich, dass die USA von diesen Verbindungen nichts wusste bzw. sie nicht gutheißt. Die USA haben nachweislich den IS und die Al Quaida mit Millionen Dollar und mit Waffenlieferungen unterstützt, Gruppen, die sie jetzt, so heißt es, bekämpfen.

Israel finanziert die Hamas seit Jahrzehnten

Laut Yitzhak Segev, dem früheren israelischen Militärgouverneur des Gazastreifens, finanzierte Israels Regierung seit etwa 1969 den Aufbau von Moscheen und trug so zum Aufstieg der Hamas bei. (20) Ab 1988 finanzierte Israel die Hamas, um die Fatah zu schwächen und so eine Zweistaatenlösung des Israel-Palästina-Konflikts zu erschweren. (21) Y. Segev erklärte später auch, *dass er die Hamas als Gegenspieler der PLO und der Kommunisten finanziell unterstützt habe*: „*Die israelische Regierung gab mir ein Budget, und die Militärregierung übergab sie an die Moscheen.*“ (22)

Die Israelischen Regierungen haben also die Hamas seit langem gefördert und mitfinanziert um die Zwei-Staatenlösung zu verhindern und ihre Siedlungspläne im Westjordanland ausbauen zu können. Nun aber, nach dem Hamas-Angriff auf Israel sieht Netanyahu eine gute Möglichkeit, sich der Hamas zu entledigen und seine Vertreibungs- bzw. Genozid-Politik noch auszuweiten.

Premierminister Netanyahu kann nun hoffen, wegen der Korruptionsvorwürfe nicht vor Gericht zu kommen. Mit der Beteiligung der rechtsextremen Siedler-Parteien an der Regierung hat er die Mehrheit für die Entmachtung des Obersten Gerichtshofs. Somit hofft er einer Anklage wegen Korruption zu entgehen. Der Gaza-Krieg hat die monatelangen Demonstrationen mit der Forderung nach Netanyahus Rücktritt verstummen lassen.

Interessen der USA im Nahen und Mittleren Osten

Bruno Kreisky sagte: „Israel ist ein landgebundener Flugzeugträger der USA“. Für die USA-Herrschaftsinteressen im Nahen und Mittleren Osten mit seinen ungeheuren Erdöl- und Erdgasvorräten und Israels eminent wichtigen geostrategischen Lage ist das Land ein brauchbarer Kettenhund, den man seit über 50 Jahren füttert, dessen Drohung wirkt und der auch manchmal von der Leine gelassen wird. Israel bombardiert Staaten, die sich nicht der USA unterwerfen, sei es z.B. den Iran, den Libanon, Syrien. Seit 1967 finanziert die USA Israel direkt jährlich mit 5 Milliarden Dollar. Dazu kommen noch weitere Milliarden an Waffen bzw. Militärausrüstung. Israel hat auch mit Unterstützung der USA ein mit Atomraketen bestücktes Antiraketen-Abwehrsystem entwickelt.

Shlomo Gazit, der ehemalige Leiter des militärischen Abschirmdienstes Israels, sagte 1992, dass „*Israel in Bezug auf seine geographische Lage inmitten des arabisch-moslemischen Mittleren Osten ein hingebungsvoller Wächter in all diesen Ländern*“ sei. Seine Rolle sei es, „*die bestehenden Regierungen zu beschützen ...*“ und „*für diesen Zweck wird Israel Veränderungen verhindern, die sich jenseits von Israels Grenzen ereignen*“ bis dorthin „*seine gesamte militärische Macht in ihrer Verhinderung oder Ausrottung [von ihm nicht genehmen politischen Veränderungen in den arabischen Ländern] einzusetzen.*“ (23)

Hier zeigt sich klar die Funktion Israels als der Kettenhund der USA. Die Herrschenden in Israel hatten und haben kein Interesse an Frieden mit den Palästinensern, an einem Palästinenserstaat. Dann wäre es aus mit ihrer Landraubpolitik und mit den vielen Milliarden Dollar aus den USA. Netanyahu braucht Krieg, das Israelische Volk nicht!

Die Propaganda, die Hetze gegen die Palästinenser, die Rechtfertigung Israels Völkermord-Politik hat auch bei uns ein Ausmaß erreicht, das einem demokratischen und neutralem Österreich Hohn spricht.

Alle Parlamentsparteien, fast alle Medien bis hin zum ORF machen sich zum Sprachrohr dieser Kriegspolitik. Gleichschaltung, Zensur, Verbot. Kritik an Israel wird als Antisemitismus diffamiert.

Es geht hier nicht nur um Israel. Es geht auch darum, jegliche Kritik an den USA, an ihrer imperialistischen Politik, an ihren Kriegen als undemokratisch und staatsgefährdend hinzustellen, weil sie gegen „unsere Werte“ gerichtet sei. Doch das sind nicht unsere Werte!

Wenn sie von „unseren Werten“ reden, meinen sie „IHRE WERTE“! Das heißt für uns: Wir sollen mitmachen und mitmarschieren in IHREN KRIEGEN. IHRE WERTE sind Milliarden Dollar und Euro Profite für die Superreichen. Für UNS bedeuten IHRE WERTE Armut, Elend, Krieg.

(Artikel aus: Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie und Krieg, Nr. 4/2023)

1) https://www.archivioradiovaticana.va/storico/2017/06/14/israel_pal%25C3%25A4stina_gaza_ist_gr%25C3%25B6%25C3%259Ft_es_freiluft-gef%25C3%25A4ngnis_der_welt/de-1318869

- 2) <https://www.juedische-stimme.de/stellungnahme-zum-aktuellen-gaza-krieg-und-der-gewalteskalation-in-israel>
- 3) <https://countercurrents.org/2023/11/the-gaza-genocide-75-years-in-brief/> Tom Suarez 4.11.2023
- 4) www.un.org/unispal/document/auto-insert-184801/
- 5) [Zertal, I., „Nation und Tod, Der Holocaust in der israelischen Öffentlichkeit“, S. 259, Wallstein-Verlag](#)
- 6) [Moskowitz, R., „Fusion von Himmel und Hölle“, in: Frankfurter Rundschau Online, 06.06.2000 bzw. https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/002349.html](#)
- 7) [Stav Saffir https://web.archive.org/web/20220715223137/https://www.haaretz.com/opinion/2021-05-20/ty-article-opinion/premium/there-is-only-one-war-the-extremists-vs-the-moderates/0000017f-f466-d5bd-a17f-f67e4f940000](#)
- 8) [Aloni, Shulamit, Bildungsministerin unter Yitzak Rabin 1992-1996, „Israelischer Terror ist schlimmer“, in: Yedioth Ahronoth, 31.07.2005](#)
- 9) <https://countercurrents.org/2023/11/the-gaza-genocide-75-years-in-brief/> Tom Suarez 4.11. 2023
- 10) [Kurier 12.10.2023 S.2 Kein Verständnis für Hamas-Versteher R.Mitlöhner](#)
- 11) <https://www.nachdenkseiten.de/?p=106148> „Schwerter aus Eisen“- ein Völkermord in Gaza“ 3. November 2023 Raz Segal Norman Paech
- 12) <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1417316/umfrage/opferzahlen-im-terrorkrieg-der-hamas-gegen-israel/>
- 13) [siehe 11\)](#)
- 14) <https://overton-magazin.de/top-story/moshe-zuckermann-dass-viele-zivilisten-im-gazastreifen-umkommen-hat-israel-nie-bekuemmert/> 11.10.2023
- 15) <https://taz.de/Israels-Finanzminister-Bezalel-Smotrich/!5915764/16>
- 16) <https://www.tagesspiegel.de/internationales/so-etwas-wie-palastinenser-gibt-es-nicht-wie-israels-finanzminister-seine-rhetorik-verscharft-9541061.html>
- 17) <https://www.nytimes.com/2023/10/18opinion/netanyahu-israel-gaza.html> Gershom Gorenburg
- 18) [Seymour Hersh: The plan to wipe out Hamas. Oct. 15. 2023](#)
- 19) [Ö1 Radio Sendung 'Punkt Eins' 6.11. 2023 B. Zeithammer zum Thema Katar](#)
- 20) [David Shipler: Arab and Jew. Wounded Spirits in a Promised Land. New York 2002, S. 221](#)
- 21) [Gaza, Oktober 2023: Von Terroristen und Geistern, die man rief.Oktober 2023 https://www.nachdenkseiten.de/?p=105683. Gaza,23. Oktober 2023](#)
- 22) [Gaza, Oktober 2023: Von Terroristen und Geistern, die man rief.Oktober 2023 https://www.nachdenkseiten.de/?p=105683. Gaza,23. Oktober 2023](#)
- 23) [Shlomo Gazit, der ehemalige Leiter des militärischen Abschirmdienstes Israels .aus: Ahronot, Yedioth, 27.04.1992, zitiert in: Shahak, Israel, „Jüdische Geschichte, Jüdische Religion“, Lühe Verl., S.37](#)

*

Hamas-Angriffspläne lagen lange vor

„Hinweise auf einen geplanten Großangriff der islamistischen Hamas sind Israel laut einem Bericht der „New York Times“ mehr als ein Jahr vor dem 7. Oktober vorgelegen. Es habe einen umfassenden Austausch israelischer Behörden zu einem 40 Seiten langen Dokument mit dem Codenamen „Jericho-Mauer“ gegeben, das einen Gefechtsplan der Hamas skizzierte. Dieser soll bis ins Detail dem Angriff geähnelt haben, den Hamas-Terroristen Anfang Oktober aus dem Gazastreifen heraus ausführten. Das Szenario sei von israelischen Militär- und Geheimdienstmitarbeitern als zu anspruchsvoll und schwierig in der Ausführung abgetan worden, berichtete die US-Zeitung ... Drei Monate vor dem tatsächlichen Angriff warnte ... eine Geheimdienst-Analystin der Decodierungs-Einheit, dass

die Hamas ein Training absolviert habe, das dem „Jericho-Mauer“-Dokument sehr nahekomme. „Ich widerspreche entschieden, dass das Szenario imaginär ist“, schrieb sie demzufolge einem Armeecoberst der Gaza-Einheit. „Es ist ein Plan, konzipiert, um einen Krieg anzufangen. Es ist nicht nur ein Überfall auf ein Dorf.“ Doch der Militärkollege blieb bei der Einschätzung, dass die Hamas nicht imstande sei, einen solch umfassenden Plan tatsächlich auszuführen. „Kurz gesagt: Lass uns geduldig abwarten“, hieß es demnach in seiner Antwort.“

<https://orf.at/stories/3341481/> (1.12. 2023); APA;

<https://www.nytimes.com/2023/11/30/world/middleeast/israel-hamas-attack-intelligence.html>

*

Wussten auch Börsenhändler schon im Vorhinein vom Hamas-Angriff?

Insider haben durch den Hamas-Anschlag viel Geld verdient. Nach Angaben der US-Aufsichtsbehörde Finra seien am 2. Oktober plötzlich und in erheblichem Umfang Leerverkäufe im MSCI Israel ETF in die Höhe geschossen. An der Börse in Tel Aviv seien die Leerverkäufe von israelischen Wertpapieren dramatisch angestiegen. Die Leerverkäufe übertrafen vor dem 7. Oktober diejenigen vor anderen Krisen wie etwa der Finanzkrise, dem Israel-Gaza-Krieg 2014 oder der Coronapandemie. (Quelle: Die Presse, 6.12.2023).

*

Die falschen Freunde Israels

Es ist bezeichnend und entlarvend: All jene, die mit der Hamas nichts am Hut haben aber das kriegerische und völkerrechtswidrige Vorgehen Israels in Gaza kritisieren und einen sofortigen Waffenstillstand fordern – wie ja auch der Papst oder der UNO-Generalsekretär und die überwältigende Mehrheit der UNO-Staaten (siehe unten) – werden als Antisemiten gebrandmarkt und sollen kuschen. Die wirklichen Antisemiten, die mit Israel und dem jüdischen Volk nie etwas Positives im Sinn hatten, ja den Holocaust leugnen und bis heute direkt oder indirekt den Hitlerismus huldigen, die alten und neuen Nazis wie Le Pen in Frankreich, Wilders in Holland, AfD in Deutschland oder FPÖ in Österreich, geben sich auf einmal als „Freunde“ Israels und Netanyahus. Dagegen hat Israels rechts-religiös-extremistischer Regierung nichts. Das fördert den tatsächlichen Antisemitismus.

*

UNO-Vollversammlung für Waffenstillstand Österreich stimmt dagegen

Von den an der Abstimmung teilnehmenden 186 Staaten haben neben Israel und den USA weltweit nur 8 weitere Staaten mit „Nein“ gestimmt, darunter auch das neutrale Österreich! Abscheulich! Die überwiegende Mehrheit der EU-Mitglieder und auch die neutrale Schweiz stimmte (wieder) für die Resolution. <https://orf.at/stories/3342669/>

Damit ist Österreichs Regierung für die Fortsetzung des Krieges und für die Verletzung des Völkerrechts und weiteres Töten in Gaza. Kein Wort der Regierung über die Willkür gegen und der Ermordung von palästinensischen Zivilisten im Westjordanland durch israelische Siedler mit massiver Unterstützung des israelischen Staatsterrormilitärs. Damit tritt die Regierung die Neutralität Österreichs mit Füßen und bringt den UNO-Standort Wien/Österreich in Verruf! Das ist abscheulich und gefährlich für Österreichs Ansehen, die Friedenswirkung seiner Neutralität und damit für unsere Sicherheit!

Bericht vom 26. Oktober 2023: Tag der Neutralität

Unsere Kundgebung



Unsere Transparente



Unsere Unterschriftenaktion

Neutralität statt Kriegshetze und Kriegsteilnahme!

Unterzeichnen Sie den Aufruf: www.unsere-neutralität.at

Unsere Neutralität = unsere Sicherheit

www.unsere-neutralität.at

NATO-EU-Sky-Shield-Projekt:

Die Regierung tritt die Neutralität und die Sicherheitsinteressen der Bevölkerung Österreichs mit Füßen!

Zuerst beschließt Verteidigungsministerin Klaudia Tanner handstreichartig an Parlament und Opposition vorbei die Teilnahme Österreichs am NATO/EU-Raketensystem Sky Shield. Brav wie ehemals an der Seite Deutschlands wird ein Raketensystem nach dem anderen bestellt. Hieß es zuerst, man will nur „gemeinsam einkaufen“, weil angeblich billiger – wurden bald darauf die Bestellung von Kurzstreckenraketen bekannt, jetzt sollen es schon Langstrecken-Raketensysteme mit 200 km Reichweite werden. Während für Bildung, Kindergärten, Gesundheit, Teuerungsbekämpfung, Löhne und Gehälter (siehe die Proteste und Streiks um die KV-Erhöhungen) angeblich kein Geld da ist, sind allein für Sky Shield zwischen 4 und 6 Mrd. Euro vorgesehen. Bis 2032 bekommt das Bundesheer in Summe 18 Mrd. Euro.

Während am 26. Oktober am Heldenplatz in Wien die „Neutralität“ zelebriert wurde, weil ja bis zu 90% der Menschen im Land für die Neutralität sind, wird hinter dem Rücken der Österreicher:innen gleichzeitig massiv das Gegenteil gemacht: die Einbeziehung Österreichs in die NATO/EU-Aufrüstungs- und Kriegspläne an der Seite Deutschlands.

Ein Blick auf die Website des deutschen Verteidigungsministeriums zeigt deutlich, was die „Europäische Sky Shield Initiative“ (ESSI) für Österreich bedeutet:

Einbindung in die von USA-NATO-EU-Deutschland betriebene Aufrüstungs- und Kriegspolitik. Hier die wesentlichen Auszüge:

„Ziel der Initiative ist also die Stärkung des europäischen Pfeilers in der gemeinsamen Luftverteidigung der NATO. Dafür müssen bereits vorhandene Fähigkeiten ausgebaut und existierende Fähigkeitslücken geschlossen werden

Mit ESSI wird der europäische Pfeiler in der NATO gestärkt ...

Es ist beabsichtigt, die ausgebauten oder neu geschaffenen Fähigkeiten der gemeinsamen Beschaffungsinitiative in die vom NATO-Befehlshaber für Europa geführte Luftverteidigung des NATO-Gebietes einzubinden ...

Durch die gemeinsame Beschaffung werden die Interoperabilität zwischen den einzelnen Nationen und auch der operative Einsatzwert im Rahmen der NATO erhöht ...

Quelle: <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/european-sky-shield-die-initiative-im-ueberblick-5511066>

Klimakonferenz COP28

Vom 30. November bis 12. Dezember 2023 fand in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) in Dubai die 28. Klimakonferenz statt.

Noch deutlicher als in den vergangenen Jahren zeigte sich von Anfang an, dass diese Konferenz von Industrie-, Öl-, Gas- und Atomlobbys gekapert ist. Wie zum Beweis für die Ausrichtung der Konferenz: Der Vorsitzende der COP28, Sultan Ahmed Al Jaber, ist gleichzeitig der Industrieminister der VAE, Vorstandsvorsitzender der VAE-Ölgesellschaft Abu Dhabi National Oil Company (ADNOC) und bezweifelt, dass der Klimawandel wissenschaftlich bewiesen ist.



Quelle: Wiener Zeitung

Sehr schnell zeigte sich bei der Konferenz, zu der zwischen 70.000 und 100.000 Teilnehmer:innen meist klimaschädlich per Flugzeug angereist sind, dass es um allumfassenden Schacher, um Geld und Geschäft, um großangelegtes Greenwashing und um die Abschwächung der Pariser Klimaziele geht: So wird nicht der Weg zum Ausstieg aus fossiler Energie (z.B. Gas, Öl) fixiert, nur erstmals im Abschlusstext angesprochen, „bestenfalls“ eine Verlangsamung des CO₂-Ausstoßes angegangen, die Ressourcenverschwendung, Natur- und Umweltzerstörung durch Profitwirtschaft und Wegwerfproduktion aber weiter betrieben.

Die Atomlobby propagiert Atomstrom mehr denn je als „sauber“ und „CO₂-frei. So hat der Vertreter der USA, John Kerry, mit 19 anderen Staaten eine „Atomallianz“ ins Leben gerufen, die die Atomstromproduktion bis 2050 verdreifachen und dafür Geld von „internationalen Finanzinstitutionen“ haben will. Ziel ist es, Atomkraft als „alternative Energie“ zu Öl, Kohle und Gas in einem Abschlussabkommen verhandeln zu können. Doch wir wissen: Atomkraft ist teuer, hochgefährlich und alles andere als klimaneutral – siehe das Faktenblatt der Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie und Krieg: [Atomkraft ist kein Ausweg aus der Klimakatastrophe: AUFRUF_17-2-22_end-2.pdf \(atomgegner.at\)](#)

Die Ölmultis, ebenfalls reichlich – auch im wahrsten Sinne des Wortes – auf der COP28 vertreten, wollen sich als grüne „Zwischentechnologie“ auf Jahrzehnte weiter im Geschäft halten. Wie? So will einer der größten und schon bisher für weitreichende Umweltzerstörung bekannte Ölmulti, Exxon-Mobil (erinnerlich die Exxon-Valdez-Ölkatastrophe vor Alaska, 1989 *), mit 50 anderen Öl- und Gasproduzenten bis 2030 die Methan-Freisetzung nahezu auf Null senken. Das würde 100 Mrd. Dollar kosten, was nicht einmal 3% des Nettoeinkommens der globalen Öl- und Gaskonzerne in Höhe von 3.300 Milliarden Dollar im Jahr 2022 entspricht. Zudem ist die Vereinbarung nicht verbindlich und hat Exxon-Mobil gerade ihren Konkurrenten Pioneer Natural Resources für 60 Mrd. Dollar aufgekauft und will im Permian-Becken, im Südwesten der USA, gewaltige Mengen an Schieferöl erschließen (Die Presse, 4.12.2023).

So wie man den Atommüll nicht durch Stilllegung der AKWs reduzieren, sondern dadurch „verschwinden“ lässt, indem man ihn unter die Erde vergraben will, soll jetzt als „Lösung“ der CO₂-Ausstoß nicht wirklich reduziert, sondern mittels CO₂-Abscheidung aus der Atmosphäre und Speicherung unter der Erde als „Ausweg“ hingestellt werden. So sollen die alten Profite gesichert und neue Profite erschlossen werden.

Für Menschen und Umwelt bleibt die Katastrophe. Schon jetzt schmelzen die Pole oder Gletscher schneller als angenommen oder versinken schon die ersten Pazifikinseln im Meer. Überall auf der Erde verschlimmern sich durch extreme Stürme, Starkregen, Überflutungen, Schlamm- und Schneelawinen, Berggrutsch oder Waldbrände, Trockenheit und Dürre usw., die Lebensbedingungen.

* Die Exxon Valdez war ein unter USA-Flagge fahrender Öltanker des US-Ölkonzerns Exxon. Das Schiff lief am 24. März 1989 vor Alaska im Prinz-William-Sund auf Grund und löste damit eine Ölpest und eine der größten Umweltkatastrophen der Seefahrt aus.

EU will 50 Milliarden mehr für Krieg

Die EU-Kommission will bis Ende 2027 66 Mrd. Euro mehr an Budget. Allein 50 Mrd. Euro davon wären Budgethilfe für die Ukraine. Immer mehr Menschen in der EU, noch mehr weltweit, lehnen das ab, wollen statt weiteren Milliarden für den Krieg, Waffenstillstand und Friedensverhandlungen. **Daher verwundert es nicht, dass lt. jüngster „Eurobarometer“-Umfrage nur 42% der Österreicher:innen die EU-Mitgliedschaft Österreichs positiv bewerten.**

In eigener Sache

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ab nächstem Jahr wird unsere Zeitung einen neuen Kopf erhalten (siehe unten). Der Grund ist, dass wir ja schon seit Jahren mit den „Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie und Krieg“ kooperieren, wechselweise Artikel austauschen und abdrucken und uns auch beim öffentlichen Auftreten, sei es bei Veranstaltungen, Podiumsdiskussionen, Kundgebungen oder z.B. am 1. Mai und am 26. Oktober, dem Nationalfeiertag, Tag der Neutralität, usw. gegenseitig unterstützen. Da auch der Versand der Printausgaben immer teurer wird, wollen wir unsere Zeitungen zu einer zusammenlegen und die gegenseitigen Erfahrungen und Kräfte gemeinsam einsetzen. Ansonsten bleiben die beiden Vereine weiterhin selbständig aktiv und bestehen. Aus posttechnischen Gründen werden als Herausgeber die „Gewerkschafter gegen Atomenergie“ fungieren. Wir ersuchen daher ab nächstem Jahr Spenden für die Zeitung mit dem dann ab 2024 beiliegenden Zahlschein der „Gewerkschafter“ einzuzahlen, wobei dann bei Verwendungszweck „Solidarität – unsere Chance“ angegeben sein wird. Für diese Ausgabe gilt noch der beiliegende ÖSK-Zahlschein. Jedenfalls bis Ende 2024 erreichen uns auch noch Spenden, die mit dem alten ÖSK-Zahlschein getätigt werden. Danke dafür.

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache auch weiterhin benötigen! Auftreten gegen: Wirtschaftskrise, Sozialabbau, Demokratieabbau, Krieg und Militarisierung, Atom, Atomrüstung und Klimawandel. Eintreten für: Solidargesellschaft statt Diktat der Profit- und Wegwerfwirtschaft, für Nachhaltigkeit, gutes Leben für alle, für Frieden und die immerwährende Neutralität Österreichs! **Nur gemeinsam können wir eine bessere Zukunft erreichen.**

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, ist unser Auftreten nur durch ehrenamtlichen Einsatz und durch Spenden unserer Leser:innen und Aktivist:innen möglich! Alle, die unsere Auffassungen teilen, laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

**Wir wünschen allen unseren Leser:innen, Spender:innen und Aktivist:innen
erholsame Feiertage und alles Gute für 2024!**

Mit kollegialen Grüßen, Das Team des „Österreichisches Solidaritätskomitees“

	<h1><i>Solidarität</i></h1> <h2><i>unsere Chance</i></h2>	<p>Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie und Krieg ggae@gmx.at * atomgegner.at</p> <hr/> <p>ÖSTERREICHISCHES SOLIDARITÄTSKOMITEE Plattform pro Sozialversicherung oesolkom@gmx.at * prosv.at</p>
Nummer 1	* solidaritaet@gmx.at	* 2024

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

Wir sind ein Forum von Kolleg:innen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen. Das ÖSK erhält sich ausschließlich aus den Spenden seiner Leser- und Aktivist:innen. Mehr über uns auf: www.prosv.at

Datenschutzerklärung siehe unter: www.prosv.at

Spenden-Konto

Einzahlungen mit beiliegendem Zahlschein
oder per Überweisung
Empfänger:in: ÖSK / **Verwendung:** Spende
IBAN: AT85 6000 0101 1022 7626
BIC: BAWAATWW

Impressum:

Medieninhaber, Druck und Redaktion: „Österreichisches
Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstützung der arbeitenden
Menschen“, Stiftgasse 8 1070 Wien. ZVR 188951949